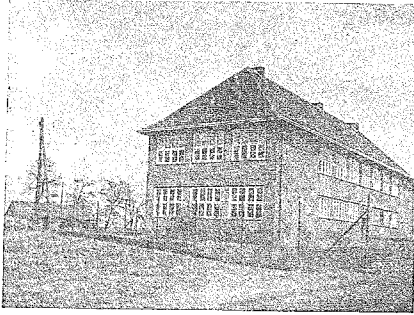


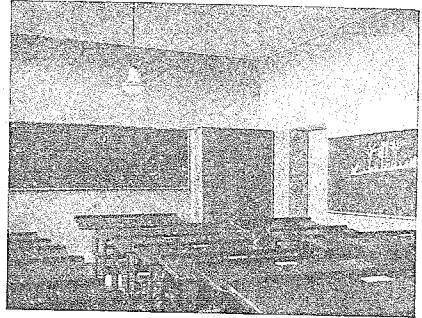
## Die neue Volksschule in Breslau-Neukirch

Von Stadtbaurat Dr.-Ing. Althoff, Breslau

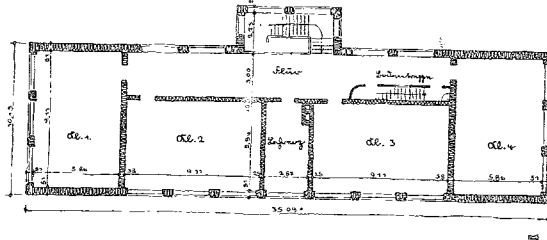
Entwurf und Ausführung: Magistrats-Oberbaurat Schirmer und Architekt Hans Müller.



Gesamtansicht. Die Architektur ist in einfacher Linie gehalten, große Fenster, der Charakter als Schulgebäude kommt in der Außenarchitektur klar zum Ausdruck.



Klassenzimmerraum  
Die Lindeumtafel an den Wänden sind erkennbar.



Grundriß des Obergeschosses mit den 4 Klassenzimmern

Die Eingemeindung wird in die Stadt Breslau mancherlei Forderungen auf dem Gebiete des Bauwesens stellen. Es ist Erfahrungsgrundsatz, daß ländliche Gemeinden, die sich bis dahin mit schlechten Straßen, einfachen Schulgebäuden, abgetunden haben, die eine Badeanstalt und sonstige Fürsorgeeinrichtungen ohne Murren entbehrt haben, plötzlich, nachdem sie Großstadteinwohner geworden sind, auch alles das besitzen wollen, was sie im Kern der Großstadt in verbesserter Form gesehen haben, ohne daran zu denken, daß der eigentliche Großstadtmensch vieles entbehren muß, was draußen in Hülle und Fülle vorhanden, vor allem Licht, Luft und Spielgelegenheit für die Kinder.

Diese Neueinstellung der Großstadtvororte ist verständlich. Unter eigener kleiner Verwaltung drückt jeder Neubau, jede verbesserte Einrichtung sich schon im nächsten Jahre im Steuersoll aus, und hohe Steuern zählt keiner gern. Als Mitglieder der Großstadt spüren sie die Zusammenhänge zwischen erhöhten Ausgaben und Steuerzuschlägen nicht so unmittelbar.

Die erste Bauaufgabe, die der Hochbauverwaltung in eingemeindeten Gebieten zugefallen ist, ist der Bau einer Volksschule in Neukirch. Mit dem Bau wurde begonnen schon vor der vollendeten Eingemeindung, weil die Regierung der Stadt Breslau keine Zuschüsse zu Schulneubauten gibt und der Zuzuschuß der Regierung an die Bedingung geknüpft war, daß die Schule vor der Eingemeindung in Betrieb genommen werden müsse.

Die Schule enthält: Vier Klassen, ein Lehrerzimmer, ein Sammlungszimmer, eine Lehrküche als Haushaltungsschule, ein Schulbad, eine Lehrerwohnung, Zentralheizung, Kalt- und Warmwasserversorgung, Aborte in einem besonderen Gebäude auf dem

Hof. Sie hat Erd- und Obergeschoß, keinen Keller, wegen des hohen Grundwasserstandes. Die Schule ist gebaut als Ziegelrohbau, wagerecht gegliedert, mit balkenlosen Hohlsteindecken, Steinholzfußböden, eiserne Türzargen.

Der neuen Forderung nach möglichst großen Tafelflächen entsprechend, sind drei Klassenwände mit Lindeumtafeln beklebt, nur die vierte Wand (Fenster) hat keine Tafeln.

Die Farbgebung ist einfach, aber freudig. Wände und Decken sind mit wenigen klaren Farben flächig gestrichen.

Die Möbel sind knapp und sachlich.

Die Grundsteinlegung war am 25. Oktober 1927, die Einweihung am 23. April 1928, Bauzeit also sechs Monate, trotz des besonders strengen Winters. Vier Wochen mußte der Bau wegen starken Frostes stillgelegt werden.

Die Baukosten betragen

für die Schule mit Nebengebäude 115 000 RM.  
für die innere Einrichtung 15 000 RM.

zusammen 130 000 RM.

Bauzinsen 3 000 RM.

zusammen 133 000 RM.

reine Baukosten für das Schulgebäude, rund 30 RM. für den chm. Ausführer: Ilme u. Pelke, Deutsch-Lissa-Malsch, in Generalunternehmung. Bauherr: Kathol. Gesamt-Schulverband Neukirch.

Einzelheiten gehen aus den Abbildungen 1-8 hervor.

Das Gebäude kann als ein geeignetes Beispiel für ein Schulhaus auf dem Lande angesehen werden.

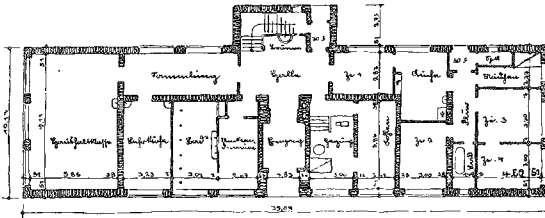
## Der Siedlungs- und Wirtschaftsplan für das westsächsische Braunkohlengebiet

Die von der Kreishauptmannschaft Leipzig gebildete öffentliche Arbeitsgemeinschaft für Aufstellung eines Siedlungs- und Wirtschaftsplanes des westsächsischen Braunkohlengbietes hielt in Leipzig bei starker und reger Beteiligung der verschiedensten Interessenten ihre dritte Tagung ab, bei welcher Ober-Regierungsbaurat Dr.-Ing. Mackowsky in einem Vortrag über Ziele und Aufgaben der Landesplanung etwa Folgendes ausführte:

Um eine Durchführung des Wohnungsbauprogrammes nach einheitlichen Gesichtspunkten zu bewirken, wurde zum ersten Mal in England, und zwar auf Anregung der englischen Gartenstadtesellschaft, eine Landesplanung in die Wege geleitet. Das englische Gesundheitsministerium veranlaßte die Entstehung sogenannter Landesplanungsverbände, welche sich aus Vertretern der lokalen Behörden und der Wirtschaftskreise zusammensetzten. Diese Verbände haben die Aufgabe, allgemeine Erörterungen über Bevölkerungszusammensetzung, natürliche Hilfsquellen des Landes, die Verkehrsmittel und die wirtschaftlichen Möglichkeiten eines größeren Gebietes usw. anzustellen, deren Ermittlungen sich dann in allgemeinen Siedlungsplänen ergeben, welche bei späterer Aufstellung der Bebauungspläne den Lokalbehörden als Richtschnur dienen müssen. Der Grundgedanke der Landesplanung besteht also darin, ein in sich geschlossenes einheitliches Wirtschaftsgebiet von einem höheren Gesichtspunkt aus planmäßig zu erfassen. Hier soll

Schädigungen geführt. Ein Beispiel hierfür ist der Ruhrkohlenbezirk, dessen Bevölkerung von 780 000 i. J. 1871 auf ungefähr 4 Millionen im Jahre 1924 gestiegen ist. Auf Anregung des späteren Verbandsdirektors Dr. Schmidt wurde für das Ruhrkohlengebiet ein Zweckerverband eingerichtet, der mit der Aufgabe betraut war, die wirtschaftlichen, verkehrstechnischen und siedlungsstechnischen Notwendigkeiten zu finden und diese im gegenseitigen Einverständnis zu erledigen.

Durch den in der Kriegszeit stark einsetzenden Braunkohlenabbau in verschiedenen Gegenden Deutschlands, besonders im Bornaer Gebiet, beschlossen die Behörden, auch hier den Weg der Landesplanung zu beschreiten. Die Kreishauptmannschaft Leipzig hatte daher schon im Jahre 1925 mit Zustimmung des Ministeriums des Innern die Aufstellung eines Wirtschafts- und Siedlungsplanes für das westsächsische Braunkohlengebiet eingeleitet. Diese Pläne beziehen sich auf die Bevölkerungsbewegung, auf den Umfang und die Art der Landwirtschaft, der Industrie und des Verkehrs. Von der Kreishauptmannschaft wurden auch bereits für mehrere Gemeinden sogenannte Flächennutzungspläne aufgestellt. Besonders interessant sind die Feststellungen über den Einfluß der Entfernung des Wohnsitzes eines Arbeiters von seiner Arbeitsstätte, ebenso fanden die auf Karten eingezeichneten geplanten neuen Verkehrslinien allgemeine Beachtung. Außer den schon vorgesehenen Verbesserungen der Staatsstraßen für den Autoverkehr wurden weiter



Volksschule Breslau-Neukirch

Grundriß des Erdgeschosses

nicht mehr nur vom Siedlungsgedanken oder nur vom Verkehr oder nur von der Wirtschaft ausgegangen werden, sondern man fordert, um diese Einseitigkeit zu beheben, eine Ordnung der verschiedenen wirtschaftlichen Bedürfnisse. Diese Ordnung ist jedoch nur im gegenseitigen Einvernehmen zu ermöglichen, deshalb werden jetzt zur Mitwirkung außer den Lokalbehörden auch die Wirtschaftskreise mit herangezogen.

Die gesammelten guten Erfahrungen dieser Landesplanungen in England haben nun dahin geführt, daß man diese Planungen auch in Deutschland übernahm. Besonders in solchen Industrien, welche sich auf Rohstoffbasis aufbauen, haben die planlosen Ansammlungen der Bevölkerung zu wirtschaftlichen Unzuträglichkeiten, sogar

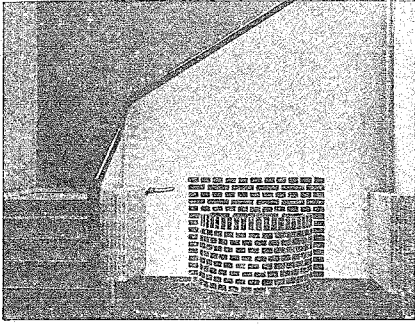
Kraftwagenbahnen von Leipzig nach Halle und Chemnitz und nach Berlin vorgeschlagen. Hierbei wurde auch das Projekt des Elster-Saale-Kanales mit erörtert, der eine spätere Fortsetzung nach Torgau und Breslau erhalten soll.

Für die Zukunft des Leipziger Braunkohlengbietes sind demnach in den aufgestellten Plänen der Kreishauptmannschaft weitgehende Vorbereitungen getroffen worden, nur wird der eigentliche Nutzen erst bei einer Verwirklichung derselben eintreten, die ebenso wie die Erfüllung des Gedankens der wirtschaftlichen Einheit des großen mitteldeutschen Gebietes baldigst zu hoffen und zu wünschen wäre. Bl.

## Verschiedenes

Die kommunale Woche in Düsseldorf. In den Tagen der kommunalen Woche, welche in Düsseldorf stattfand, wurden in Vorträgen verschiedene interessante Probleme der Baupraxis erörtert. U. a. sprach Stadtbaurat May, Frankfurt a. M., über das Thema: „Die Rationalisierung der Wohnungsproduktion“ und erklärte hierbei, daß in Zukunft der Wohnungsbau, soweit Klein- und Kleinstwohnungen in Frage kommen, durch Normung und Typenbau der einzelnen Hausteile verbilligt werden müsse. Ebenso, wie ein jeder in Massen benötigte Bedarfsartikel des täglichen Lebens in seiner bestimmten Grundform und soweit als möglich technisch vollkommen hergestellt, dann in Massen wiederholt und dadurch verbilligt wird, muß auch die Erzeugung von Wohnungen als ein Massenbedarfsartikel angesehen werden und den gleichen Wirtschaftskreisläufen unterliegen. In immer größerem Maße werden jetzt in der Bautechnik Handzeugnisse durch Maschinenherstellung ersetzt, ebenso die Erzeugung von Bauten immer öfter vom Bauplatz in die Fabrik verlegt und das Arbeiten an der Baustelle somit nur auf eine kurze Zeit beschränkt. — Durch eine weitblickende Bodenpolitik der einzelnen Gemeinden, geeignetes Sted-

lungsland zu angemessenen Preisen zu erstehen, werden ungerechte Forderungen der Bodeneigentümer unterbunden und schon diese gesunde Aufschließung des Baulandes beeinflusst günstig Qualität und Preis der entstehenden Wohnungen. Dabei können diese mit gleichen Löhnen und Materialkosten in Großsiedlungen am wirtschaftlichsten hergestellt werden. Stadtbaurat Dr.-Ing. Wagner, Berlin, behandelte das Thema: „Der künstlerische Gedanke in der Baupraxis der Großstadt“ und führte dabei aus, daß bei den künstlerischen Aufgaben des heutigen Bauens neue Bedarfszwecke auftauchen, die zu einem sogen. kurzlebigeren Bauen Anlaß geben, weil eben diese Bedarfszwecke mit unseren Bauten von hundert und mehr Jahren nicht in Einklang zu bringen sind. Es besteht die Tatsache, daß sich heute das Interesse weniger auf das einzelne Haus verschiedenster Nutzenanwendung beschränkt, sondern daß der Typ und die Norm ganz Reihen von Gebäuden ausschlaggebend ist. Die wirtschaftliche Entwicklung bedingt größere Einheiten der einzelnen Bedarfszwecke und daher ist heute eine ganze Straße, in Zukunft vielleicht ein ganzer Stadtteil das Grundelement des Städtebaues geworden. Da die alt-



Treppeaufgang mit einfachem Brunnen



Volkschule Breslau-Neukirch

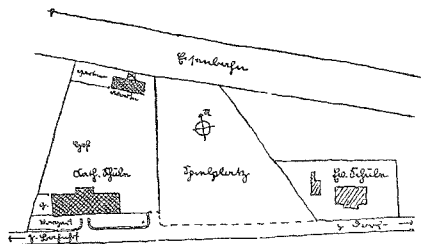
Das ganz im ländlichen Stil gehaltene Abortgebäude

gemeine Entwicklung einer Zusammenlegung der Wirtschaft direkt nach einem künstlerischen Ausdruck verlangt, gilt diese Feststellung wohl nicht nur allein für den Wohnungsbau, sondern auch für alle anderen Bauarten, wie Banken, Verwaltungsgebäude und so fort. Das Thema „Bodenreform und Gartenstadtbewegung“ behandelte Staatsminister a. D., Universitätsprofessor Dr. Lindemann-Köln, und stellte damit gleichzeitig die Frage: „Sind die englischen Vorbilder auf Deutschland zu übertragen?“ Nach verschiedenen Ausführungen kam der Redner zu dem Ergebnis, daß die englischen Beispiele die Möglichkeit selbständiger Städte mit vollem sozialen Leben und eigenem Gewerbebewußtsein und damit der arbeitenden Bevölkerung eine räumliche Annäherung von Wohn- und Arbeitsstätte, gleichzeitig auch eine bessere Haushaltung mit ihrer geistigen und körperlichen Kraft sichern. Wenn durch Festhaltung des Gemeindegüterbesitzes an dem Bauland auch nicht die vollen steigenden Grundrenten gewonnen werden, so ist doch wenigstens ein großer Teil derselben als Gewinn zu verzeichnen; denn, konnten auch an die Gemeinden nicht wesentliche Beiträge geliefert werden, so ist doch den englischen Bauunternehmungen die Deckung der Unkosten des Ausbaues aus den Grundrenten gelungen. Gewiß könnten in Deutschland die gesamten schwierigen Bauprobleme eine wesentlich bessere Lösung erfahren, wenn weitblickende Städte und gemeinnützige Körperschaften als zielbewußte Städtegründerinnen dem Beispiel Englands folgen würden.

**Der Generalbebauungsplan für Leipzig.** In einer Vorlage teilte der Rat der Stadt Leipzig den Stadtverordneten seine Absicht mit, den Generalbebauungsplan nicht mit gesetzlicher Kraft auszustatten, sondern denselben von den beiden Körperschaften als innere Dienstinstruktion beschließen zu lassen. Auf diese Weise wird er für alle städtischen Stellen bindende Kraft erlangen und sich trotzdem in kurzer Zeit verändern lassen, falls dies nötig erscheint. Nach Beschluß des Rates wird der gemischte Ausschuß für Beratung der Ortsbauordnung mit der Vorprüfung des Planes beauftragt, damit innerhalb der städtischen Körperschaften Klarheit über die Behandlung des Generalbebauungsplans geschaffen werden kann. Die Geschichte dieses Planes ist folgende: Im Jahre 1912 wurde von Rat der Stadt Leipzig der erste Beschluß gefaßt, einen Generalbebauungsplan (für Leipzig) aufzustellen. Es wurde seinerzeit auch ein Verkehrsplan im ersten Entwurf hergestellt und dabei zahlreiche Vorarbeiten zu diesem Plan, Vorschläge zur Erweiterung der Straßenbahnen und Ausfallstraßen, weiter ein Entwurf zur Regelung der Freiflächen, Wohn- und gewerblichen Viertel vorbereitet, doch hat der Krieg die Fortsetzung dieser Arbeiten verhindert und die Nachkriegszeit diese überholt. So wurde dem neuen Dezernenten für Hochbau und Stadterweiterung vom Rat und den Stadtverordneten die Aufstellung eines neuen Generalbebauungsplanes zur Hauptaufgabe gemacht. Es ist damit im Sommer 1925 begonnen worden. Die Möglichkeiten und Notwendigkeiten im Verkehr des Leipziger Wirtschaftsgebietes sind in ständiger Föhrungnahme mit der Kreishauptmannschaft, den Verkehrs- und Wirtschaftsverbänden und allen zuständigen städtischen Abteilungen untersucht worden, ebenso hat man nach dem Ergebnis der letzten Betriebs- und Volkszählung den Siedlungs-

charakter, die Verteilung von Arbeits- und Wohnräumen in den einzelnen Stadtteilen, sowie die vorhandenen Grünflächen und Erholungsanlagen festgestellt und auf Karten eingezeichnet. Die Programmpläne, nach denen die Durchführung im einzelnen zu untersuchen ist, waren Ende 1927 aufgestellt und konnten dem Siedlungsausschuß zur Entschöpfung unterbreitet werden. Dieser Ausschuß hat am 23. Mai 1927 dem Verkehrsplan, am 18. Oktober 1927 dem Grünplan und am 15. Februar 1928 dem Flächenverteilungsplan grundsätzlich zugestimmt. Bl.

**Der Tag für Denkmalpflege und Heimatschutz** wird in diesem Jahre vom 3.—9. September in Würzburg und Nürnberg abgehalten. Das Hauptthema der Verhandlungen lautet: Altstadt und Neuzeit. Auf der ersten Vollsitzung am 4. September sprechen dazu Prof. Dr. Theodor Fischer, München, Stadtbaurat Ernst May, Frankfurt a. M. und Oberbaudirektor Fritz Behlo, München, über die diesbezüglichen Aufgaben und Fragen für Denkmalpflege und Heimatschutz. Auf der ersten Sondersitzung des Heimatschutzes am 5. September werden die Einzelfragen erörtert; von Prof. Dr. Hermann Jansen, Berlin: Die Verkehrsfragen; von Prof. Gustav Wolf, Breslau: Farbe im Stadtbild; von Oberbaurat Dr. Hellweg, Hamburg; Reklame; von Dr.-Ing. Lindner, Berlin: Grün in der Stadt. Am 7. September werden auf einer Rundfahrt in Nürnberg, die besonderen Probleme, die dort in dieser Hinsicht zu lösen sind, gezeigt und dann in der zweiten Vollsitzung durch Oberbaurat Schwelzer, Nürnberg, erläutert. Weiter stehen auf der Tagesordnung: Erhaltung und Ersatz von Steinplastiken im Freien (Berichterstatler: Prof. Julius Baum, Ulm, und Geh. Hofrat, Prof. Dr. Wrba, Dresden, Einzelmitteilungen dazu durch Prof. Nieda, Rummeln-Nürnberg, Landesbaurat Ohle, Halle, n. a.). Probleme der Erhaltung fränkischer Barockgärten (Berichterstatler: Dr. Franz Hallbaum, Frankfurt a. M.). Innenrestaurierung mittelalterlicher Kirchen (Berichterstatler: Generalkonservator Dr. Hoyer, München). Die Fahrt von Würzburg nach Nürnberg erfolgt als Studienfahrt in Verkehrsautos, welche die Stadt Nürnberg stellt, über Sulzfeld, Marktbreit, Kitzingen, Stadtschwarzach, Kloster Erbach und Schloß Pommerfelden. Außer den üblichen Besichtigungen der Kunst-



Volkschule Breslau-Neukirch. Lageplan

